

**GRÜNE
JUGEND
WÜRZBURG**

Würzburg

Sozial gerecht

**Unser Kommunalwahl-
programm 2026**



Vorwort

Die Kommunalwahl 2026 ist entscheidend für die Zukunft von Stadt und Landkreis Würzburg. In den kommenden Jahren müssen wir zentrale Weichen stellen, um unsere Region sozial gerecht, ökologisch und zukunftsfähig zu gestalten. Dafür braucht es mutige Veränderungen: von konsequentem Klima- und Umweltschutz über nachhaltige, geschlechtergerechte Mobilität bis hin zu bezahlbarem Wohnraum für alle.

Wir, die GRÜNE JUGEND Würzburg, wollen, dass junge Menschen endlich mitentscheiden und mitgestalten – denn es geht um unsere Lebensrealität und unsere Zukunft. Unsere Generation wird bislang in der Kommunalpolitik oft übersehen. Das ändern wir! Mit unserem Programm setzen wir uns für echte Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und eine lebenswerte Region für alle ein.

Dafür kämpfen wir bei der Kommunalwahl 2026 und darüber hinaus.

Klima-, Umwelt- und Naturschutz

Im Bereich des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes wollen wir sowohl im Landkreis als auch in der Stadt Würzburg substantielle Verbesserungen bewirken, um unsere Lebensqualität zu erhalten und zu steigern. Dabei ist uns besonders wichtig, dass Klimaschutz sozial gerecht gestaltet wird:

Alle Menschen sollen von einer gesunden Umwelt, sauberer Luft und lebenswerten Städten profitieren. Sozialer Klimaschutz bedeutet für uns, ökologische Maßnahmen immer mit sozialer Teilhabe und Gerechtigkeit zu verbinden.

Energie und klimaneutrale Versorgung:

Die kommunale Wärmeplanung zeigt bereits heute konkrete Wege in eine klimaneutrale Energieversorgung für Würzburg auf. Unser Ziel ist eine vollständig klimaneutrale Versorgung von Stadt und Landkreis.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die konsequente Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und eine klimaneutrale Energieversorgung für alle Bürger*innen.
- den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien in der Region, insbesondere durch Photovoltaik, Solarthermie und Windkraft.
- die Verpflichtung der Stadtwerke Würzburg, weiterhin konsequent auf 100 % Ökostrom zu setzen und den Anteil tatsächlich regional erzeugten Ökostroms weiter zu erhöhen, um die Energiewende vor Ort aktiv zu unterstützen.
- die vollständige Umstellung der Stadtverwaltung auf klimaneutrale Energie und das Ziel, bis spätestens zum Ende der Legislaturperiode Klimaneutralität zu erreichen.
- die Unterstützung von Bürgerenergiegenossenschaften zur Rekommunalisierung der Energiewirtschaft.
- dass die Stadt Würzburg kein Geld mehr in Kohle-, Erdöl- und Erdgasunternehmen investiert und bestehende Investments schnellstmöglich abzieht.

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz:

Nachhaltigkeit, Ressourcenschutz und soziale Gerechtigkeit sollen im Alltag für alle Menschen in Würzburg und Umgebung spürbar werden. Deshalb setzen wir uns für eine lebenswerte und ressourcenschonende Region ein, in der alle Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.

Wir fordern:

- den Ausbau öffentlicher Trinkwasserbrunnen im gesamten Stadtgebiet, um den Zugang zu kostenlosem, sauberem Wasser für alle zu sichern.
- die konsequente Förderung von Mehrwegverpackungen bei To-Go-Angeboten. Die Stadt Würzburg und das Studierendenwerk unterstützen bereits Mehrwegsysteme (z.B. RECup). Wir wollen diese ausbauen und bei städtischen Veranstaltungen sowie auf Märkten und Festen verbindlich auf Mehrweglösungen setzen, um Einwegplastik zu reduzieren.
- ein städtisches Foodsharing-System, das Lebensmittelverschwendung reduziert und soziale Teilhabe stärkt.

Gewässerschutz:

Gerade im trockenen Unterfranken ist der Schutz von Gewässern und Trinkwasser besonders wichtig. Wiederholtes Fischsterben in Pleichach und Kürnach zeigen den dringenden Handlungsbedarf. Regenrückhaltebecken müssen vergrößert und besser gesichert werden, ungeklärtes Abwasser darf in keine Gewässer gelangen.

Wir wollen naturnahe Bachläufe mit wertvollen Uferzonen und Aufenthaltsbereichen für Mensch und Natur schaffen, um Artenvielfalt und Wasserqualität zu sichern.

Deshalb fordern wir:

- die konsequente und umfassende Freilegung sowie Renaturierung der Pleichach im Stadtgebiet Würzburg, insbesondere im Bahnhofsbereich. Bereits begonnene Maßnahmen müssen zügig fortgesetzt und auf weitere Abschnitte ausgeweitet werden.
- die Rehabilitierung des Fischbestandes in unseren Bächen. An Gewässern wie Aalbach und Tauber wollen wir durch die Schaffung von Randstreifen den Gewässerschutz stärken. Am Main sollen weitere Rückzugsorte für Tiere an der Bundeswasserstraße geschaffen werden.

- den Stopp des geplanten Gipsabbaus in Altertheim, um die Trinkwasserversorgung in Stadt und Landkreis Würzburg zu sichern, die Biodiversität langfristig zu schützen und Profitinteressen nicht über unsere Lebensgrundlagen zu stellen.
- das städtische Förderprogramm für Zisternen in Privathäusern langfristig zu sichern und auszubauen. Alle städtischen Neubauten sind künftig mit Zisternen zur Regenwassernutzung auszustatten. Für bestehende Gebäude ist zeitnah ein Nachrüstkonzept umzusetzen, um die Regenwassernutzung im gesamten Stadtgebiet systematisch zu stärken.

Flächenversiegelung verringern:

Die zunehmende Flächenversiegelung stellt auch im Landkreis Würzburg eine ernsthafte Bedrohung für Umwelt und Lebensqualität dar. Versiegelte Flächen verhindern die natürliche Versickerung von Regenwasser, erhöhen das Risiko von Überschwemmungen und zerstören wertvolle Lebensräume.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die weitreichende Entsiegelung von Flächen in Stadt und Landkreis Würzburg.
- ein klares Nein zum Bau neuer Supermärkte „auf der grünen Wiese“ im gesamten Stadtgebiet.

- den Rückbau der vierspurigen Versbacher Straße auf zwei Spuren im Stadtgebiet Würzburg, um Raum für Grünflächen sowie nachhaltige Mobilität zu schaffen.

Arten- und Naturschutz:

Der Schutz von Artenvielfalt und natürlichen Lebensräumen ist eine zentrale Aufgabe für den Landkreis und die Stadt Würzburg. Nur durch aktiven Naturschutz können wir die Grundlagen für ein gesundes Ökosystem und eine lebenswerte Umwelt sichern.

Deshalb fordern wir:

- den Schutz des Ringparks und bestehender Bäume in Würzburg.
- die Pflanzung neuer Bäume, insbesondere in der Innenstadt, um der Überhitzung im Klimawandel entgegenzuwirken.
- den sofortigen Stopp der Rodungen in Thüngersheim, um irreversible Schäden an Natur und Grundwasser zu verhindern.
- die Wiederherstellung des Naturschutzgebiets im Taubertal durch gezielte Maßnahmen, um wertvolle Lebensräume zu erhalten und zu fördern.

Mobilität

In Stadt und Landkreis Würzburg braucht es eine klare Wende in der Mobilitätspolitik. Das Auto hat noch immer zu viel Vorrang, während Radwege und ÖPNV oft vernachlässigt werden. Besonders im Landkreis sind viele – selbst stadtnahe - Gemeinden schlecht an Würzburg angebunden, und das Fahrrad wird eher als Freizeitgerät angesehen.

Wir setzen uns für eine sozial- und geschlechtergerechte Mobilität ein. Das bedeutet sichere, gut beleuchtete und barrierefreie Wege, die den Bedürfnissen aller Menschen gerecht werden. Mobilität soll für alle sicher, bezahlbar und zugänglich sein – zum Schutz des Klimas und für mehr Lebensqualität.

Öffentlicher Personennahverkehr:

Ein leistungsfähiger, sozial gerechter und moderner ÖPNV ist die Grundlage für eine nachhaltige Mobilitätswende in Stadt und Landkreis Würzburg. Trotz einzelner Fortschritte gibt es weiterhin große Lücken im Angebot, in der Taktung und bei der Barrierefreiheit.

Deshalb fordern wir:

- eine noch engere Zusammenarbeit und den konsequenten Ausbau von Bus- und Straßenbahnnetz zwischen Stadt und Landkreis, um ein durchgängiges, attraktives Angebot zu schaffen, das bestehende Lücken schließt.
- die zügige Realisierung der Straßenbahnlinie 6 bis ans Hubland in der kommenden Legislaturperiode sowie die perspektivische Verlängerung nach Gerbrunn und die Schaffung einer Querspange vom Sanderring zur neuen Linie 6.
- den nutzer*innenfreundlichen Umbau des Straßenbahnhalts Bahnhofsvorplatz zu einer Mobilitätsdrehscheibe.
- den Beginn des Planfeststellungsverfahrens für eine Straßenbahn in die Lindleinsmühle und nach Versbach spätestens bis 2028.
- langfristig neue Straßenbahnlinien nach Höchberg und Zell/Margetshöchheim.
- einen flächendeckenden 10-Minuten-Takt für alle Straßenbahnlinien von 6 bis 20 Uhr, da dieser bislang nur auf den Hauptachsen gilt, sowie einen durchgehenden 20-Minuten-Takt von 20 bis 24 Uhr.

- einen Stundentakt für alle Gemeinden im Landkreis von 6 bis 24 Uhr, einen Halbstundentakt für stadtnahe und den Ausbau von Rufbussen in stadtfernen Gemeinden.
- die bessere Einbindung der Gemeinden ins Nachtbusssystem der Stadt und die Einführung spezieller Nachtbusangebote für das Umland.
- Fahrpläne, die sich an Schulschlusszeiten orientieren, und eine bessere Abstimmung der Abfahrtszeiten von Bus und Straßenbahn mit der Deutschen Bahn.
- die jährliche Veröffentlichung von Pünktlichkeitsberichten durch die Verkehrsgesellschaften APG und VVM.
- flächendeckende Barrierefreiheit und WLAN in allen Fahrzeugen und Haltestellen sowie den beschleunigten Ausbau dynamischer Fahrgastinformationen.
- Klimatisierung aller Busse sowie Straßenbahnen.
- die vollständige Integration des regionalen ÖPNV in die Bahn-App (DB Navigator) durch eine API-Schnittstelle, damit Ticketkauf und Fahrplanauskunft für Würzburg nahtlos über eine zentrale App möglich werden.

- kostenlose ÖPNV-Nutzung für Menschen unter 18 Jahren und ein stark vergünstigtes Ausbildungsticket für die gesamte Region, idealerweise nach dem Vorbild des 9-Euro-Tickets.
- mindestens drei Samstage pro Jahr mit kostenlosem ÖPNV im gesamten Stadtgebiet, damit die Vorteile einer autoarmen Stadt erlebbar werden.
- langfristig einen kostenlosen ÖPNV für den NVM.

Radverkehr:

Ein sicheres, attraktives und durchgängiges Radwegesetz ist zentral für die nachhaltige Mobilitätswende in Stadt und Landkreis Würzburg. Trotz einzelner Fortschritte gibt es weiterhin große Defizite beim Ausbau, bei der Qualität und bei der Vernetzung der Radinfrastruktur.

Deshalb fordern wir:

- den konsequenten und flächendeckenden Ausbau von geschützten Radwegen (Protected Bike Lanes) statt einfacher Schutzstreifen, insbesondere an Hauptverkehrsstraßen.
- ein lückenloses, beleuchtetes Radschnellwegesetz zur Anbindung der stadtnahen Gemeinden sowie die Umwandlung der Main-Touristenradwege in durchgängige Radschnellwege.

- eine konsequente Instandhaltung des Radwegenetzes und den Rückbau unnötiger Poller und Hindernisse, die insbesondere Lastenräder behindern.
- die Optimierung von Ampelschaltungen und Kreuzungen im Sinne des Radverkehrs, um Wartezeiten und Gefahrenstellen zu reduzieren.
- die kostengünstigere Ausleihe von Lastenrädern in der Stadt Würzburg.
- die dauerhafte Neuauflage und ausreichende Finanzierung des städtischen Förderprogramms für den Kauf von Lastenrädern, damit mehr Menschen klimafreundliche und familienfreundliche Transportmöglichkeiten nutzen können.

Autoverkehr:

Die Menge motorisierte Fahrzeuge in Würzburg stellt ein zentrales Problem für Lebensqualität, Klimaschutz und Flächengerechtigkeit dar. Deshalb fordern wir eine konsequente Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt und eine Umverteilung des öffentlichen Raums zugunsten nachhaltiger Mobilitätsformen sowie attraktiver Freizeit- und Aufenthaltsflächen für alle Menschen.

- dass der Bischofshut in der Würzburger Innenstadt mittelfristig vollständig autofrei wird. Ausnahmen sollen nur für Anwohner*innen, Menschen mit Behinderung, Pflegekräfte, Lieferverkehr sowie Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen gelten.
- einen autofreien Mainkai, um die Aufenthaltsqualität am Fluss zu steigern.
- die Einrichtung von Park-and-Ride-Parkplätzen an den Stadträndern mit möglichst geringer zusätzlicher Flächenversiegelung, um den Umstieg auf den ÖPNV zu erleichtern.
- den sukzessiven Rückbau von Oberflächenparkplätzen im Bischofshut, um Platz für Grünflächen, Rad- und Fußverkehr zu schaffen.
- eine Erhöhung der Parkgebühren im Bischofshut, wobei die zusätzlichen Einnahmen gezielt für günstigere ÖPNV-Tickets verwendet werden sollen.
- neue Car-Sharing-Stationen auf bereits bestehenden Parkflächen, um den Umstieg auf geteilte Mobilität zu fördern.
- dass die Stadt Würzburg sich für die konsequente Kontrolle des Durchfahrtsverbots für auswärtigen Schwerlastverkehr auf dem Stadtring einsetzt, sowie langfristig für Tempo 30 auf diesem Abschnitt.

- weiterhin die Ablehnung des Baus der B26n im Landkreis Würzburg.

Geschlechtergerechte Mobilität:

Mobilität muss die Lebensrealitäten und Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen. Bisher orientiert sich die Verkehrsplanung meistens an männlichen Erwerbswegen und vernachlässigt Sorgearbeit, Wegeketten und Sicherheitsbedürfnisse von FINTA*-Personen (Frauen, intergeschlechtliche, nicht binäre, trans und agender Personen) und anderen marginalisierten Gruppen.

Deshalb fordern wir:

- dass sich der ÖPNV nicht nur an männlichen Erwerbswegen ausrichtet, sondern konsequent Gender- und Diversitätsperspektiven in alle Mobilitätsplanungen einbezieht.
- den Ausbau von sicheren, beleuchteten und barrierefreien Wegen.
- einen ÖPNV, der komplexe Wegeketten und flexible Mobilitätsbedürfnisse ermöglicht – etwa durch dichte Taktung und gute Umsteigemöglichkeiten.
- die Einführung eines Nacht-Taxi-Angebots (zum Beispiel nach Münchner Vorbild): FINTA* Personen sollen nachts Gutscheine für vergünstigte Taxifahrten erhalten, um sicher nach Hause zu kommen

Wohnen

Wohnen ist ein Grundrecht – und die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Doch in Würzburg wird bezahlbarer Wohnraum zunehmend zur Mangelware. Besonders hart trifft das Mieter*innen, Studierende, Auszubildende und Menschen mit geringem Einkommen. Wir setzen uns für eine soziale, gerechte und nachhaltige Wohnungspolitik ein, die den Bedürfnissen aller statt der Profite weniger dient.

Bezahlbarer Wohnraum:

Der verfügbare Wohnraum in Würzburg wird immer knapper, die Mietpreise steigen weiter. Wir setzen uns für eine soziale Wohnungspolitik ein, die allen Menschen ein bezahlbares Zuhause ermöglicht.

Deshalb fordern wir:

- die Einführung eines qualifizierten, städtischen Mietspiegels, der gemeinsam mit Mieter*innen- und Vermieter*innenorganisationen erarbeitet wird und energetische Aspekte berücksichtigt.

- die konsequente Anwendung und Kontrolle der Mietpreisbremse, insbesondere in angespannten Stadtteilen wie Sanderau oder Grombühl, wo die Mieten besonders stark steigen.
- die gezielte Förderung von bezahlbarem Wohnraum durch die Stadtbau Würzburg GmbH, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, Familien und Alleinerziehende, durch ein jährliches Neubauziel von mindestens 150 Sozialwohnungen.
- Die konsequente Verfolgung von überhöhten Mieten nach §5 Wirtschaftsstrafgesetzbuch (Mietwucherparagraf).

Sozialer und nachhaltiger Wohnungsbau:

Um den Bedarf an Wohnraum zu decken, braucht es mehr gemeinwohlorientierten Neubau und Sanierung.

Deshalb fordern wir:

- die Modernisierung und den Erhalt bestehender Sozialwohnungen, insbesondere durch energetische Sanierung und barrierefreien Umbau, um Nebenkosten zu senken und den Klimaschutz zu stärken.

- die konsequente Förderung von ökologischen Standards (mindestens KfW-55 Standard) und erneuerbaren Energien bei allen Neubau- und Sanierungsprojekten.
- die Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum im Faulenbergareal.

Studierenden- & Auszubildendenwohnen:

Studierende und Auszubildende sind besonders von der Wohnungsnot betroffen, gerade zum Semester- und Ausbildungsstart fehlen regelmäßig hunderte Plätze.

Deshalb fordern wir:

- eine gezielte Ausbauoffensive für Studierendenwohnheime in Kooperation mit dem Studierendenwerk und weiteren Trägern, mit dem Ziel, bis 2030 mindestens 1.000 neue Wohnheimplätze zu schaffen.
- die Gründung und Etablierung eines Azubiwerks, das die Wohnsituation für Auszubildende explizit koordiniert und gestaltet.
- die Bereitstellung städtischer Flächen für neue Wohnheime, die explizit auch Auszubildenden zur Verfügung stehen.

- die Modernisierung und den Erhalt bestehender Wohnheime, um günstige und zeitgemäße Wohnmöglichkeiten für Studierende und Auszubildende zu sichern.

Vielfalt, Inklusion und Leerstand:

Wohnen muss für alle möglich sein – unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Einschränkungen.

Deshalb fordern wir:

- die Förderung von sozial durchmischten und inklusiven Wohnquartieren, z.B. durch Unterstützung von Mehrgenerationen- und gemeinschaftlichen Wohnprojekten.
- Barrierefreiheit als Standard bei allen Bauvorhaben.
- die konsequente Erfassung und Nutzung von Leerstand, etwa durch ein städtisches Leerstandskataster und die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung, um spekulativen Leerstand zu verhindern und Wohnraum zurückzugewinnen.

Soziales Miteinander

Ein solidarisches und vielfältiges Miteinander ist die Grundlage für eine lebenswerte Stadt. Würzburg steht vor großen sozialen Herausforderungen – von steigenden Mieten über Diskriminierung bis hin zu fehlenden Beteiligungsmöglichkeiten. Um diese zu meistern, braucht es klare, verbindliche und partizipative Maßnahmen, die alle Menschen einbeziehen und benachteiligte Gruppen besonders stärken.

Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit:

Gleichstellung stellt die Lebensrealitäten marginalisierter Gruppen, insbesondere FINTA* (Frauen, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen), in den Mittelpunkt der Stadtpolitik. Diskriminierung und Ausschlüsse im Alltag und bei Ressourcen müssen konsequent bekämpft werden.

Deshalb fordern wir:

- Entwicklung und Umsetzung eines Gender-Budgeting-Konzepts für den städtischen Haushalt mit jährlicher Fortschrittsberichterstattung durch die Gleichstellungsstelle Würzburg.
- Verbindliche Gleichstellungsquoten bei der Besetzung von Führungspositionen.
- Förderung von Projekten zur Gleichstellung aller Geschlechter, mit besonderem Fokus auf FINTA*-Personen, unter aktiver Einbindung dieser.
- Sensibilisierung und verpflichtende Fortbildung der Stadtverwaltung zu geschlechterneutraler Sprache und diskriminierungsfreier Verwaltungspraxis.

Integration und interkulturelles Zusammenleben:

Würzburg ist eine vielfältige Stadt mit Menschen aus über 150 Ländern. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der gleiche Rechte, Abbau von Barrieren und aktive Teilhabe für alle ermöglicht.

Deshalb fordern wir:

- sofortigen Zugang zu Sprachkursen und Bildung für Migrant*innen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
- Ausbau und finanzielle Förderung von Migrant*innen-Selbstorganisationen und interkulturellen Begegnungsprojekten.

- mehrsprachige und barrierefreie städtische Informationen und Angebote, z.B. bei Verwaltung, Gesundheit und Bildung.
- Einrichtung einer unabhängigen kommunalen Antidiskriminierungsstelle als Anlaufstelle für Betroffene von Rassismus.
- Interkulturelle Öffnung von Verwaltung, Schulen und Kitas durch verpflichtende Fortbildungen und mehr Diversität im Personal.

Armutsbekämpfung:

Armut schränkt Teilhabe, Bildung und Lebensqualität ein. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, ältere Menschen, Familien mit geringem Einkommen, Geflüchtete und wohnungslose Menschen.

Deshalb fordern wir:

- Entwicklung eines städtischen Aktionsplans zur Prävention und Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit mit Housing-First-Ansatz und sozialer Begleitung.
- Ausbau niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote.
- Förderung von Integrationsprojekten mit Fokus auf Bildung, Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration.

- Verbesserung der sozialen Infrastruktur durch Quartiersmanagement und Familienzentren.

Queeres Leben:

LGBTQ*-Personen sind auch in Würzburg weiterhin von Diskriminierung, Gewalt und Ausgrenzung betroffen, insbesondere queere Geflüchtete und Jugendliche. Es braucht gezielte Maßnahmen, um Schutz, Sichtbarkeit und Teilhabe für alle zu gewährleisten und queerfeindlicher Gewalt und Diskriminierung wirksam zu begegnen.

Deshalb fordern wir:

- die Entwicklung und Umsetzung eines städtischen Aktionsprogramms gegen queerfeindliche Gewalt und Diskriminierung, inklusive Prävention, Beratung und konsequenter Strafverfolgung queerfeindlicher Straftaten.
- die Einrichtung und Förderung von Schutzräumen für besonders vulnerable Gruppen, insbesondere LGBTQ*-Geflüchtete und queere Jugendliche, etwa durch separate Unterbringungsmöglichkeiten.
- die bestehende Unterstützung des Christopher Street Day (CSD) durch die Stadt Würzburg weiter auszubauen, insbesondere durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, inklusive Angebote und stärkere Einbindung marginalisierter Gruppen.

- die Schaffung und Förderung sicherer und queerer Räume in Würzburg, z.B. durch Treffpunkte, Beratungsstellen und Sensibilisierung von Verwaltung und Polizei.
- die Stärkung queerer Bildungsarbeit an Würzburger Schulen und in der Jugendarbeit, um Vorurteile abzubauen und Sensibilität und Akzeptanz zu fördern.

Jugendbeteiligung:

Junge Menschen brauchen Räume, Strukturen und Formate, in denen sie ihre Interessen wirksam vertreten und das Stadtleben aktiv mitgestalten können. Beteiligung auf Augenhöhe stärkt Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Deshalb fordern wir:

- Die Einführung von Jugendparlamenten und Jugendräten im Stadt- und Landkreis Würzburg, orientiert an den Qualitätsstandards des Dachverbands Bayerischer Jugendvertretungen (DVBJ), um echte Mitbestimmung zu gewährleisten.
- Die regelmäßige Durchführung von Jugendhearings, Beteiligungshaushalten und Jugendforen, damit junge Menschen ihre Anliegen direkt einbringen können.

- Den Ausbau von Freizeit-, Kultur- und Bildungsangeboten für Jugendliche.
- Die gezielte Förderung von Projekten, die junge Menschen in gesellschaftliche und politische Prozesse einbinden und ihnen Verantwortung übertragen.

Dritte Orte:

Dritte Orte – also offene, niedrigschwellige Begegnungsräume ohne Konsumzwang jenseits von Zuhause und Arbeitsplatz – sind unerlässlich für gesellschaftlichen Zusammenhalt, kreative Entfaltung und soziale Teilhabe. In Würzburg fehlt es an ausreichend solchen Räumen, die generationenübergreifend, kulturell vielfältig und sozial offen sind – und die von den Menschen vor Ort aktiv mitgestaltet werden können.

Deshalb fordern wir:

- die Förderung und den Ausbau von konsumfreien Dritten Orten wie Nachbarschaftscafés, Gemeinschaftsgärten, Stadtteilzentren, Makerspaces und offenen Lernorten in allen Stadtteilen – unter aktiver Beteiligung der Nutzer*innen.
- die kreative Gestaltung des öffentlichen Raums: mehr Street Art, Wandbegrünung, Spielplätze und öffentliche Sitzgelegenheiten.

- den Ausbau einer flächendeckenden, kostenfreien digitalen Infrastruktur (WLAN) an öffentlichen Plätzen.
- die gezielte Unterstützung von Initiativen, die generationsübergreifende und interkulturelle Begegnungen ermöglichen.
- regelmäßige Bedarfsanalysen und Evaluation der bestehenden Angebote, um die Wirksamkeit und den Bedarf an Dritten Orten kontinuierlich zu überprüfen.